

II- 1236 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Zl. 10.001/29-Parl/76

Wien, am 27. Juli 1976

An die
ParlamentsdirektionParlament
1017 W i e n

520/AB

1976 -08- 04

zu 481/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 481/J-NR/76, betreffend die Neuordnung des juristischen Studiums, die die Abgeordneten Dr. ERMACORA, Dr. BLENK und Genossen am 11. Juni 1976 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Wie auch in der Begründung der Anfrage ausgeführt, wurde in der XIII. Gesetzgebungsperiode nach jahrzehntelangen Bemühungen um einen Gesetzentwurf für die Neuordnung des juristischen Studiums erstmals eine Regierungsvorlage für ein Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften zugeleitet. Bedauerlicherweise war aus zeitlichen Gründen eine Beschlußfassung in der XIII. Gesetzgebungsperiode nicht mehr möglich. Wann die "seit Jahren überfällige Neuordnung des rechtswissenschaftlichen Studiums als Regierungsvorlage dem Parlament zugeleitet werden wird", kann mit einer datumsmäßigen Angabe nicht beantwortet werden.

ad 2)

Seit Ende der XIII. Gesetzgebungsperiode hat sich im Hinblick auf einen der wesentlichen Reformpunkte des rechtswissenschaftlichen Studiums - nämlich die Zweiteilung des Studiums in ein Diplom- und Doktoratsstudium - insofern eine Veränderung ergeben, als im Hinblick auf den Grundsatz der gleichen rechtswissenschaftlichen Ausbildung aller Justizberufe die Standesver-

- 2 -

treten der Notare und in der Folge auch der Richter analog zur bestehenden Regelung bei den Rechtsanwälten (vgl. § 4 Rechtsanwaltsordnung, RGBl.Nr. 96/1868 sowie die RGBl. Nr. 262/1854 und 264/1854) das Doktorat der Rechtswissenschaften als Berufsvoraussetzung verlangten.

ad 4)

JA

ad 3) und 5)

Da diese Gespräche noch nicht beendet sind, kann die Frage nach Ergebnis und Änderungen noch nicht beantwortet werden.

